



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Hagen

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der Fraktionen Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen, Die Linke. und SPD hier: Freigabe von Haushaltsmitteln der Bezirksvertretungen

Beratungsfolge:

01.10.2020 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen fordert den Kämmerer auf, den Bezirksvertretungen die noch nicht freigegebenen 20 Prozent der Bezirksvertretungs-Etats des Jahres 2020 schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Fraktion

Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen

SPD-Fraktion

Fraktion Die Linke

im Rat der Stadt Hagen

An Herrn

Oberbürgermeister Erik O. Schulz

Rathaus Hagen

Hohenlimburg/Hagen, 10. September 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Fraktionen Bürger für Hohenlimburg/Piraten Hagen, SPD Hagen und Die Linke bitten Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (1) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 1. Oktober 2020 zu setzen:

Freigabe von Haushaltsmitteln der Bezirksvertretungen

Beschluss: Der Rat der Stadt Hagen fordert den Kämmerer auf, den Bezirksvertretungen die noch nicht freigegebenen 20 Prozent der Bezirksvertretungs-Etats des Jahres 2020 schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

Begründung: Der Kämmerer hat im Zuge seines Berichts über die Haushaltslage im Rahmen der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 3. September 2020 auf Nachfrage des Herrn Kiszenow die Freigabe der noch fehlenden 20 Prozent für die Bezirksvertretungen deutlich in Frage gestellt und darauf verwiesen, dass nach aktueller Corona-Rechtslage der Rat der Stadt Hagen den Kämmerer auch nicht anweisen kann, die in Rede stehenden Haushaltsmittel entsprechend freizugeben. Deshalb ergeht der deutliche Appell des Rates an den Kämmerer, den Bezirksvertretungen deren Etatmittel vollumfänglich zur Verfügung zu stellen – gerade wegen der aktuellen Covid-19-Pandemie. Während der Rat im Zuge von Sofortmaßnahmen aktuell zahlreiche Bevölkerungsgruppen, Branchen



DIE LINKE.



und Institutionen finanziell entlastet, darf es nicht sein, dass die Bezirksvertretungen in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Die Bezirksvertretungen haben es aktuell ebenfalls mit zahlreichen Antragsstellern zu tun, denen wegen Corona die Einnahmen aus Märkten, Festen und Veranstaltungen wegbrechen und die deshalb mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Bezirksvertretungen sollen deshalb in die Lage versetzt werden, diesen Antragstellern wirksam zu helfen und dabei auf ihre kompletten Etats zurückgreifen zu können.

Mit freundlichen Grüßen,

Thorsten Kiszenow
(BfHo/Piraten)

Elke Hentschel
(Die Linke)

Claus Rudel
(SPD)

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

20

Betreff: Drucksachennummer: 0823/2020
Vorschlag der Fraktionen Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen, Die Linke. und SPD
hier: Freigabe von Haushaltsmitteln der Bezirksvertretungen

Beratungsfolge:
01.10.2020 Rat der Stadt Hagen

#

Die Fraktionen Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen, Die Linke. und SPD bitten den Oberbürgermeister folgenden Antrag zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Hagen fordert den Kämmerer auf, den Bezirksvertretungen die noch nicht freigegebenen 20 Prozent der Bezirksvertretungs-Etats des Jahres 2020 schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.“

Hierzu nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

In der laufenden Bewirtschaftung des Jahres 2020 zeichnet sich ab, dass die pandemiebedingten haushaltswirtschaftlichen Folgen in Form erheblicher Ertragsrückgänge - insbesondere bei der Gewerbesteuerentwicklung - bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen den Haushalt der Stadt Hagen stark belasten werden. Derzeit ist der Umfang der Kompensation der Gewerbesteuereinbrüche aus staatlichen Mitteln noch nicht einschätzbar, da die Verteilung der angekündigten und nach oben beschränkten Mittel sich nach einem Berechnungsmodus ergibt, der die Hagener Berechnungsergebnisse ins Verhältnis zu den landesweiten Gewerbesteuereinbrüchen stellt.

Der Stadtkämmerer der Stadt Hagen hat daher sowohl für den allgemeinen Haushalt als auch für die Mittel der Bezirksvertretungen Bewirtschaftungsverfügungen erlassen. Im Rahmen der allgemeinen Haushaltsgrundsätze der sparsamen Mittelbewirtschaftung ist diese Bewirtschaftungsverfügung als einzig mögliches Instrument der Haushaltssteuerung so ausgestaltet, dass die laufende Aufgabenerfüllung der Gemeinde auf ein sachlich und wirtschaftlich vertretbares Maß zurückgeführt wird und damit die Einhaltung des Ziels des ausgeglichenen Haushalts und der Auflagen des Stärkungspaktgesetzes sichergestellt wird. Sobald erkennbar ist, dass eine adäquate Kompensation der Gewerbesteuereinbrüche erfolgt, ist beabsichtigt, die Bewirtschaftungsverfügungen anzupassen und die Mittel der Bezirksvertretungen insgesamt frei zu geben.

gez.

Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez.

Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer